

Nach der Krisenstabilisierung: braucht es nun doch wieder mehr Stabilitätspolitik?

Gliederung

- Theorie der Wirtschaftspolitik
- Wettbewerb / Regulierung des Strommarktes
- Öffentliche Finanzen
- Stabilitäts-/Stabilisierungspolitik
- Geldpolitik

Aktualisierte Folien basierend auf Lehrbuch 



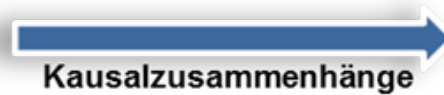
Finalitätsgedanke (1)



Finalitätsgedanke (2)

Wirtschaftstheorie

Ursache



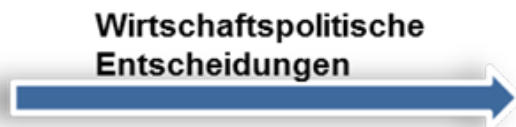
Wirkung

Wirtschaftspolitik



Ziel

**Träger der
Wirtschaftspolitik**



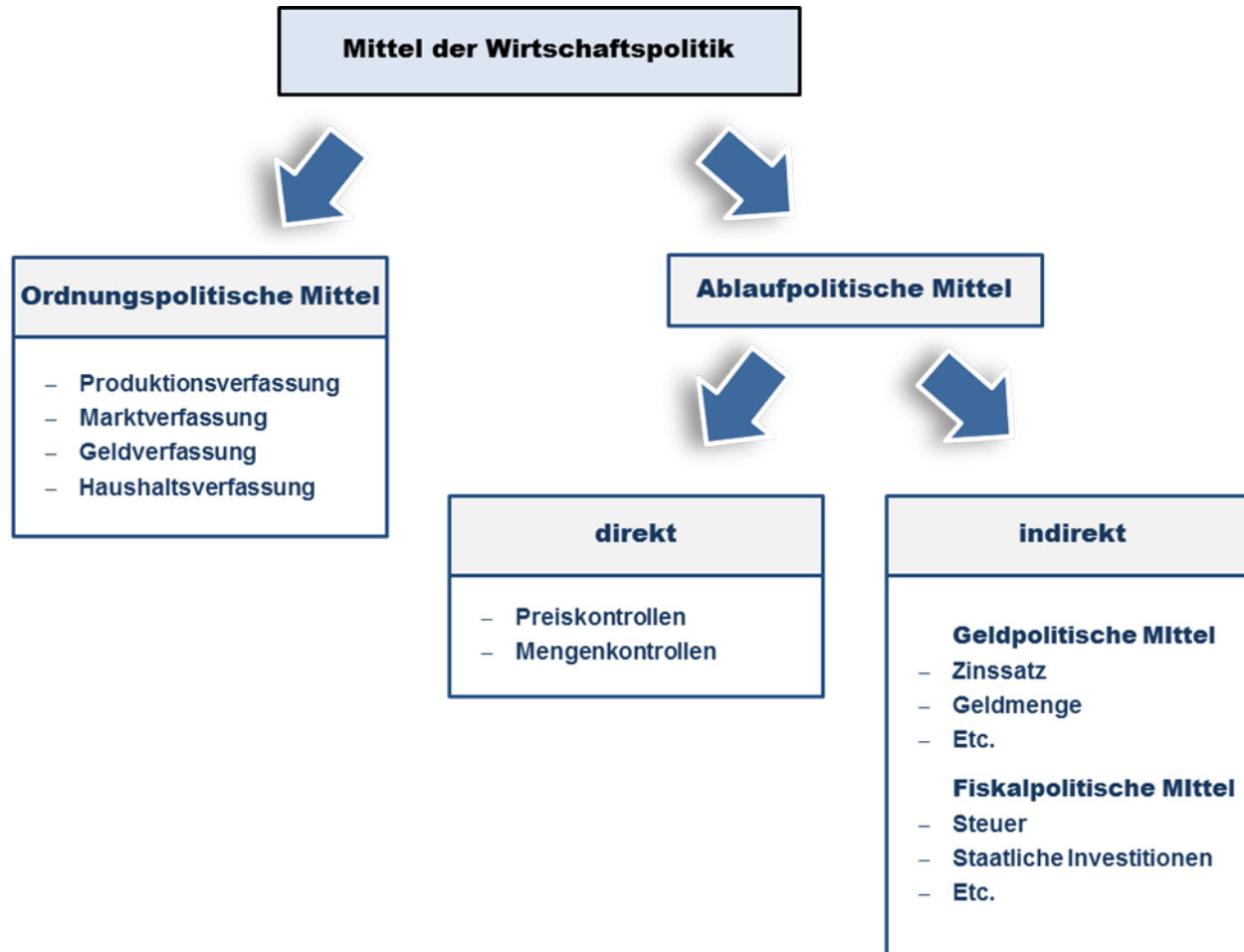
Mittel



Lage

Diskrepanz

Ziele-Mittel-Träger-Ansatz

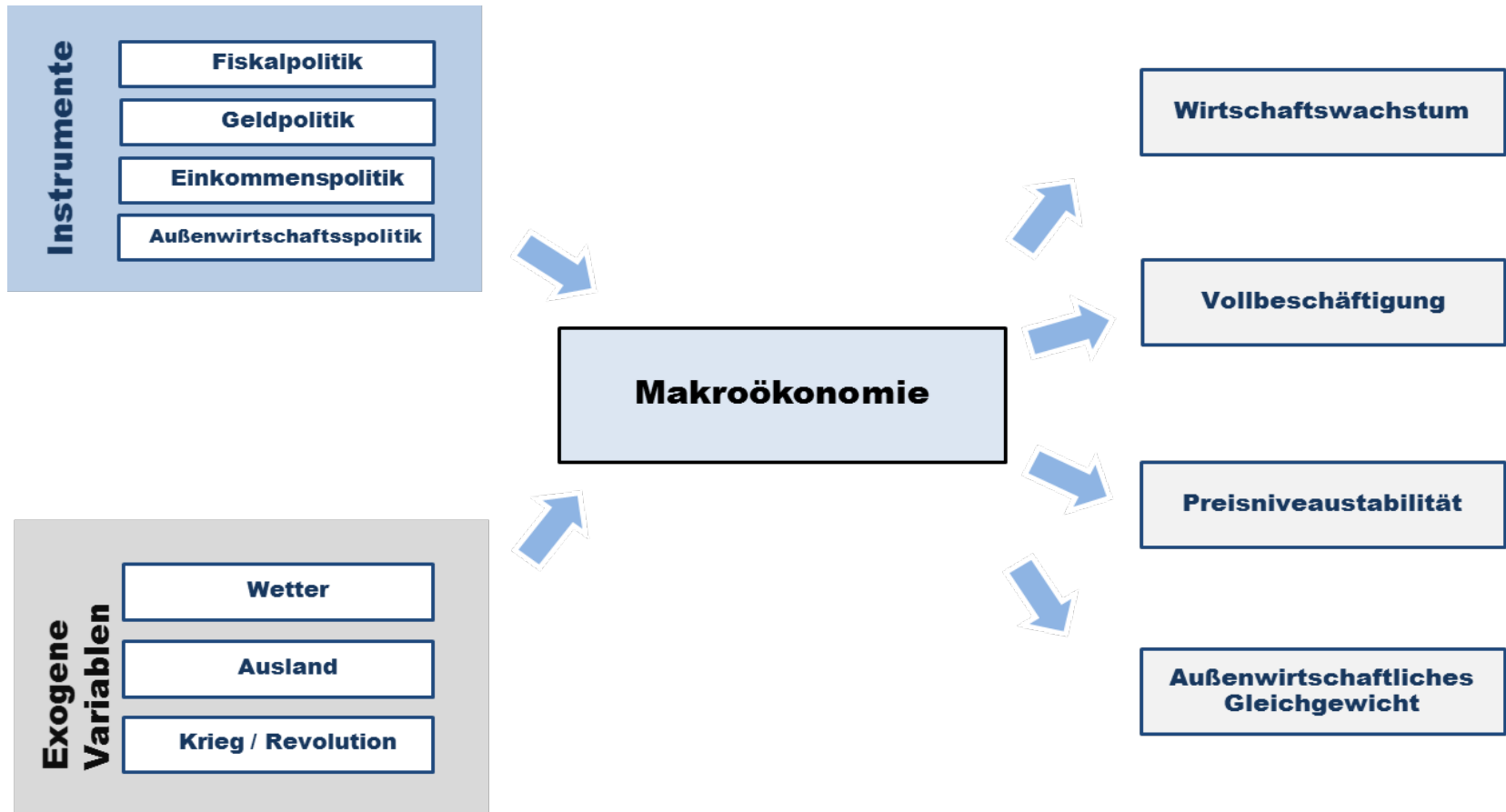


Quantitativer Ansatz (1)

- Erklärung des Ziel-Mittel Zusammenhanges durch makroökonomische Modellierungen
- Art und Stärke der Wirkungsweise wirtschaftspolitischer Instrumente zur Erreichung bestimmter wirtschaftspolitischer Zielsetzungen durch formale Gleichungssysteme erfasst
- quantitative Berechnung der Beziehungen und Prognosen möglich, Erfassung von „Nebenwirkungen“
- Ähnlich wie beim Ziele-Mittel-Träger-Ansatz werden die Ziele als gegeben angenommen - normative Herleitung und Begründung der Auswahl wirtschaftspolitischer Ziele fehlt

Quantitativer Ansatz (2)

Einfaches makroökonomisches Modell



Quantitativer Ansatz (3)

- Problemstellungen
 - **Quantitative Wirtschaftspolitik mit fixierten Zielen**
Untersuchung der Realisierbarkeit mittels ökonomischen Modells
 - **Quantitative Wirtschaftspolitik mit flexiblen Zielen**
Optimierung einer wirtschaftspolitischen Zielfunktion unter Nebenbedingungen
 - **Quantitative Wirtschaftspolitik mit Hilfe von Simulationen**
Experimentelle Nutzung des ökonomischen Modells für pragmatisches Ausloten von Möglichkeiten
- Konjunkturanalyse und –prognose durch WIFO, IHS, OeNB etc.
Modellsimulationen z.B. Auswirkungen von Stabilisierungs-/Konsolidierungsmaßnahmen in der EU in QUEST-III-Modell der Europäischen Kommission

Vertiefende Grundlagen (1)

Werturteilsproblematik

- Werturteile sind ein Teilaspekt in den Wirkungszusammenhängen der Wirtschaftspolitik
- Wissenschaftstheoretische Positionen
 - **rationalistisch-analytische Position:** Trennung zwischen normativen (intersubjektiv nicht prüfbar) und positiven (intersubjektiv prüfbar) Aussagen möglich - Werturteil nicht aus Tatsachen ableitbar (Z.B.: Aussage über gerechte Verteilung nicht möglich)
 - **hermeneutisch-dialektische Position:** gesellschaftliche Wahrheiten bestehen - Werturteile sind ableitbar (Z.B.: Es lässt sich eine gerechte Verteilung festlegen.)

Vertiefende Grundlagen (2)

Wirtschaft und Gesellschaft

- Wirtschaftspolitik kann nur vor dem Hintergrund einer Gesellschaft verstanden werden
- Grundtendenzen: marktlicher Selbstregulierungs-optimismus „gegen“ Interventionsoptimismus
- Wesentliche Erklärungsansätze zu Gesellschaft und deren Handlungen
 - **Sozialvertrag:** Regelung der Partizipation und Sanktionsmechanismus bei Regelverstoß, Selbstbindung der Beteiligten
 - **Systemtheoretische Deutung von Gesellschaft:** Gesellschaft als Ganzheit, Wirtschaft ist Teilsystem, Wirtschaftspolitik ist systemischer Vorgang

Vertiefende Grundlagen (3)

Wirtschaftspolitische Beratung

- Analyse der Rolle wirtschaftspolitischer Beratung im Spannungsfeld von normativer und positiver Handlungsaufbereitung und –begleitung
- mehrere Lehrmeinungen („Schulen“) um eine angemessene Analyse ökonomischer Phänomene -> unterschiedliche wirtschaftspolitische Empfehlungen
- **Österreich:**
 - größere Forschungsinstitutionen WIFO, IHS & OeNB
 - Vielzahl von spezialisierten (kleineren) wissenschaftlichen Beratungsunternehmen

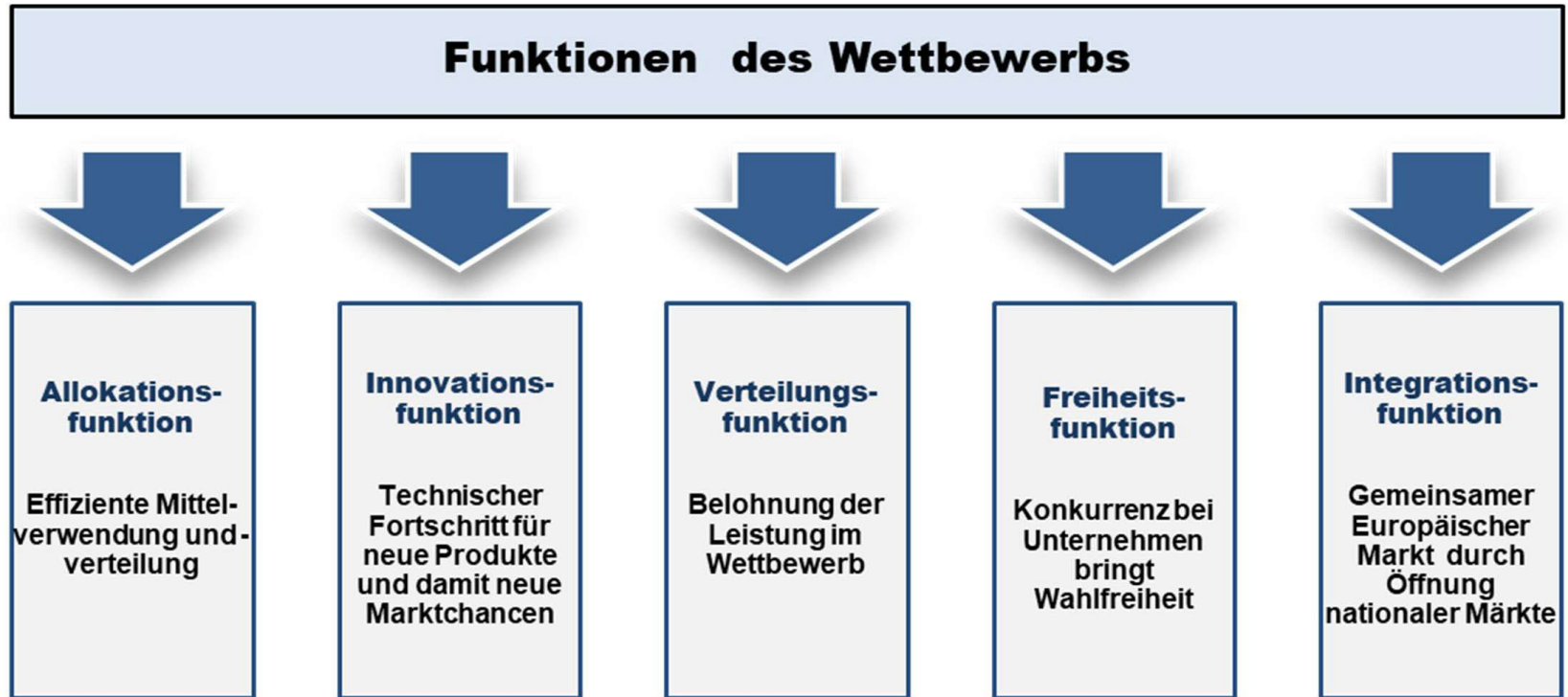
Vertiefende Grundlagen (4)

Wirtschaftspolitische Beratung

□ International:

- IWF, Weltbank, OECD, WTO, ILO, Teilorganisationen der UNO, Institutionen der EU etc.
- Think Tanks
 - USA: z.B.: Brookings Institution, Rand Corporation;
 - Europa: z.B.: Centre for European Policy Studies (CEPS), das Centre for Economic Policy Research (CEPR), Bruegel

Selbststeuerungseigenschaften des Wettbewerbs

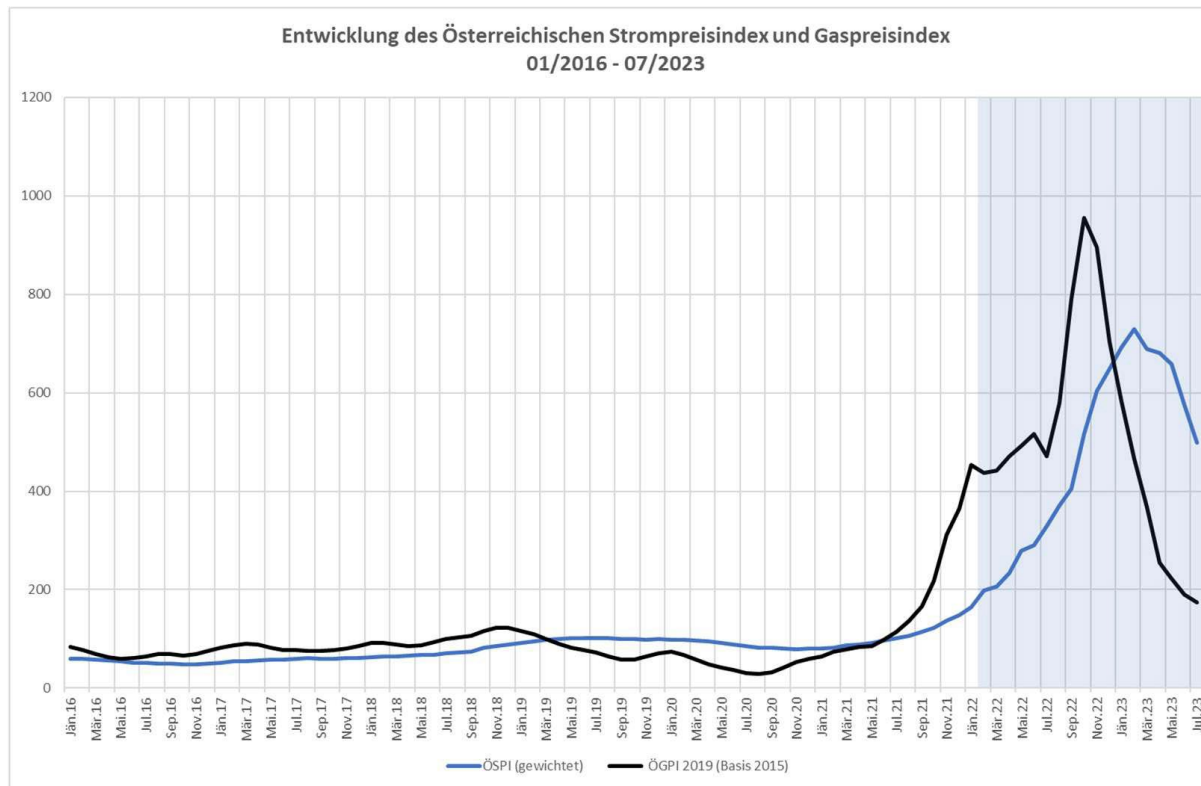


Wirtschaftspolitische Diskussion -Regulierung des Strommarktes (1)

- Preisbildung auf dem österreichischen Strommarkt
 - nach dem Pay-as-cleared-Verfahren und dem Merit-Order-Prinzip vorgegeben durch EU-Regulierung
 - Merit-Order
 - zu jeder Zeit bedienen die günstigsten Kraftwerke die aktuelle Nachfrage
 - Bestimmung des Großhandelspreises durch das letzte und somit teuerste Kraftwerk
 - Bei fehlender Abdeckung der zusätzlichen Nachfrage aus dem Ausland Bereitstellung der fehlenden Kapazitäten durch fossil betriebene Kraftwerke (Gas) -> Großhandelspreis des Stroms durch den Gaspreis bestimmt

Wirtschaftspolitische Diskussion - Regulierung des Strommarktes (2)

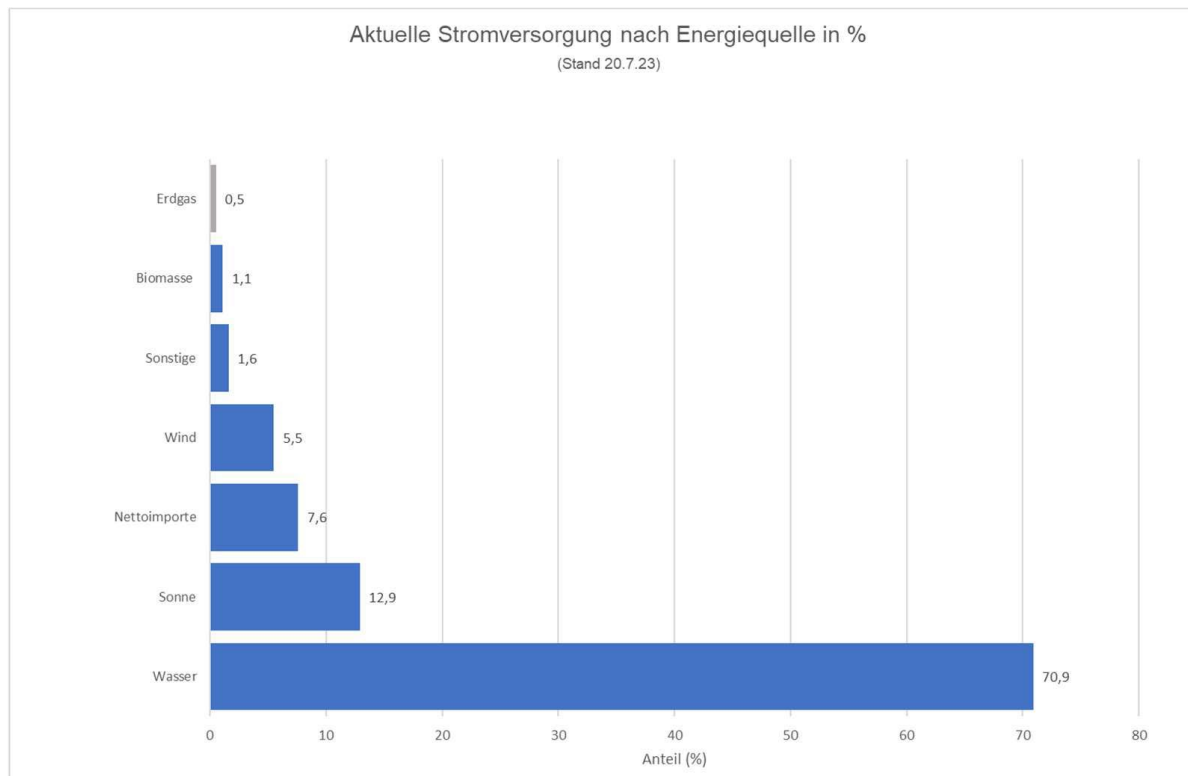
- Preisentwicklung auf dem österreichischen Strommarkt



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Daten der österreichischen Energieagentur;
ÖSPI – Österreichischer Strompreisindex (Großhandelspreise); ÖGPI –
Österreichischer Gaspreisindex (Großhandelspreise)

Wirtschaftspolitische Diskussion -Regulierung des Strommarktes (3)

□ Anteile der Energiequellen



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Wirtschaftspolitische Diskussion -Regulierung des Strommarktes (4)

- Diskussion unterschiedlicher Markteingriffe
 - Variabler (oder fixer) Preisabschlag auf die Energie fossiler Kraftwerke, der durch Umlagesystem subventioniert wird („iberisches Modell“)
 - Pay-as-Bid-Prinzip: Jedes bezuschlagte Kraftwerk erhält genau den Preis, den es geboten hat.
 - Ex-Post Umverteilungsmechanismus zwischen Produzenten- und Konsumentenrente im Sinne einer Windfall-Profit Tax

Wirtschaftspolitische Diskussion -Regulierung des Strommarktes (5)

□ AT-Maßnahmen

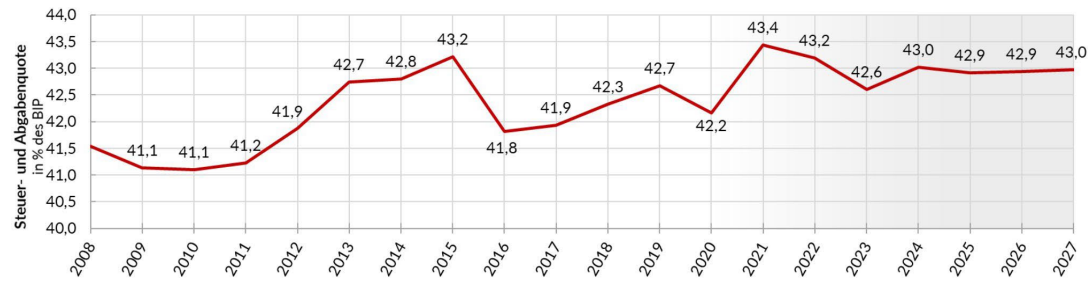
- befristeter Strompreisdeckel auf Haushaltsebene (Strompreisbremse)
 - (1. Dezember 2022 bis 30. Juni 2024)
 - Für ein Grund-kontingent von 2.900 kWh jährlich Zuschuss von maximal 30 Cent je kWh -> bezuschusste Endkundenpreis 10 Cent betrug (BGBl. I Nr. 156/2022).
- Energiekostenzuschuss für Unternehmen
 - förderbare Energieträger Strom, Erdgas und Treibstoffe
 - mehrere Phasen wie auch Pauschale für Kleinunternehmen
 - Förderhöhe, Förderintensität und Förderbedingungen in Stufen eingeteilt und je Phase unterschiedlich (EKZ 1, EKZ 1/Q4, EKZ 2)
- unterschiedliche Wirkungsweise der Maßnahmen auf das allgemeine Preisniveau

Wie viel Staat? (1)

Langfristige Entwicklung der Staatsausgabenquote

in % des BIP	1920	1937	1960	1980	1990	1996	2014*
Deutschland	25	42,4	32	47,9	45,1	50,0	44,3
Japan	15	25,4	18	32,0	31,7	39,2	42,1
USA	7	8,6	27	31,8	33,3	33,4	38,1
Niederlande	14	19,0	34	55,8	54,1	50,0	46,2
Österreich	15	15,2	36	48,1	48,6	52,0	52,7
Schweiz	5	6,1	17	32,8	33,5	32,0	33,7

Grafik 4: Steuer- und Abgabenquote



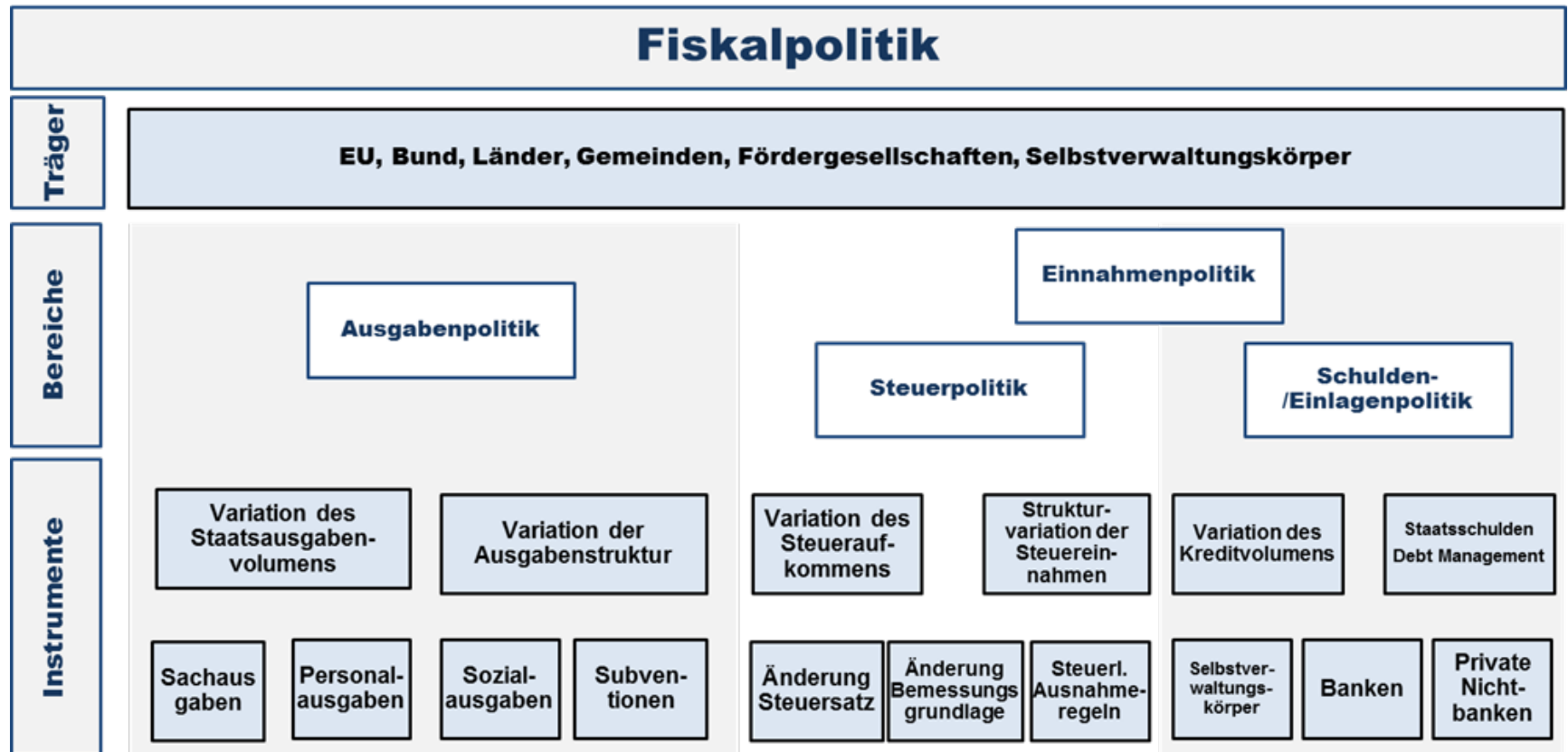
Quellen: Statistik Austria, Budgetbericht 2024.

Wie viel Staat? (2)

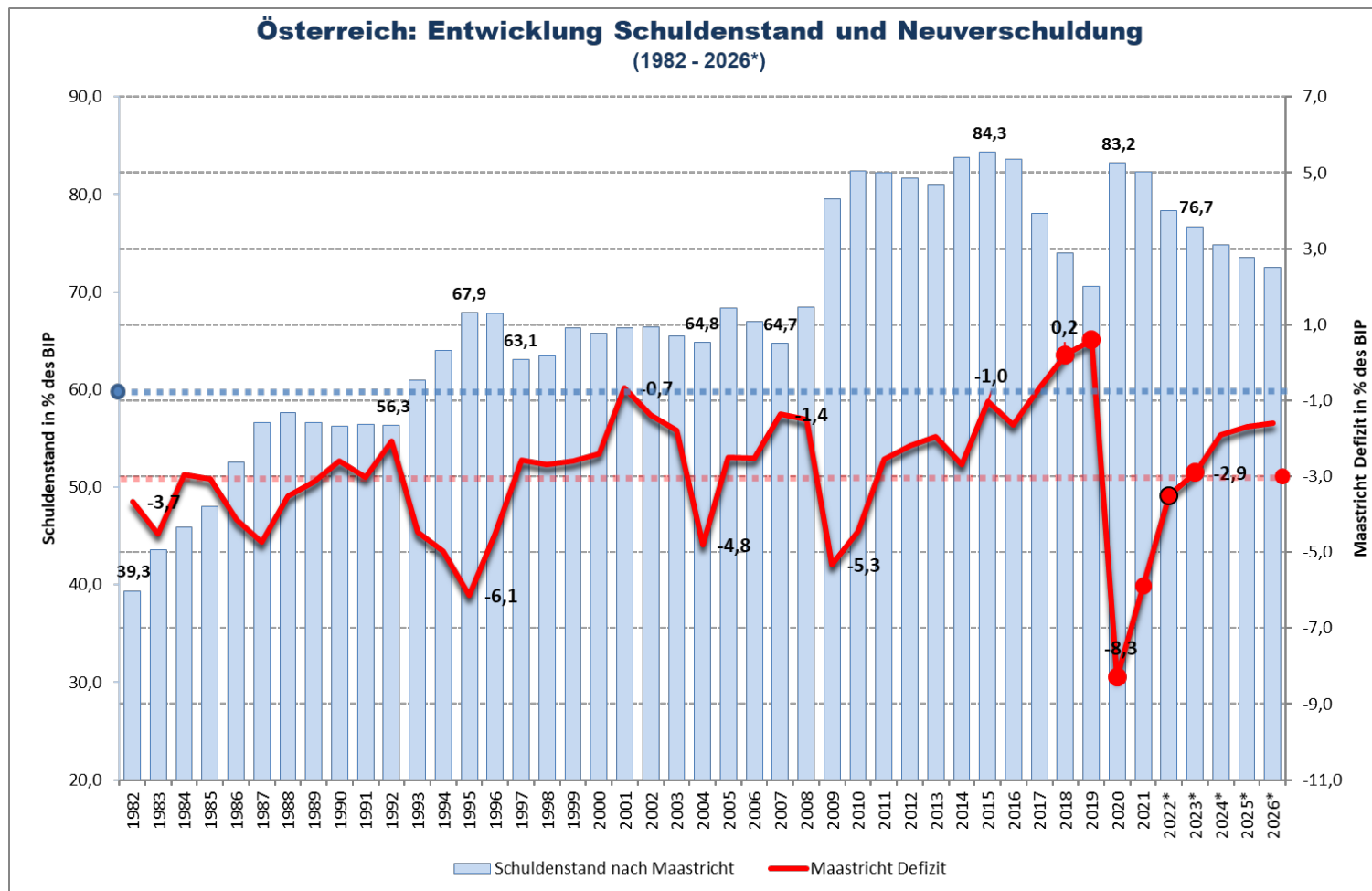
Erklärungen für einen steigenden Staatsanteil

Wagner'sches Gesetz	Brecht'sches Gesetz	Demografische Entwicklung	Akkumulation von Besitzständen durch starke Interessensgruppen	Baumol'sche Kostenkrankheit	Kontrolldefizit	Sperrklinkeneffekt
Der steigende Trend der Staatsquote wird als notwendige Begleiterscheinung des kapitalistischen Fortschrittes und der „vermehrten Reibung“ im privaten Sektor begrüßt.	Eine immer stärkere Urbanisierung führt zu höheren Pro-Kopf-Ausgaben der Gemeinden	Eine zunehmende Altenbelastungsquote bedingt höhere Ausgaben für das gesetzliche Pensions- und Gesundheitssystem	Interessen kleiner Gruppen finden eine vergleichsweise hohe Berücksichtigung bei Ausgabeentscheidungen.	Staatsaufgaben werden vorwiegend in Form von Dienstleistungen erfüllt. Die Personalintensität bewirkt einen überdurchschnittlichen Kostenanstieg.	Die staatliche Bürokratie schöpft sukzessive ihren Monopolspielraum aus.	Krisen erfordern Ausgabensteigerungen (bei abnehmendem Steuerwiderstand). Nach dem Krisenende sinkt die Ausgabenquote jedoch nicht mehr auf das gesunkene Ausgabenniveau zurück.

Instrumente der Einnahmen- und Ausgabenpolitik



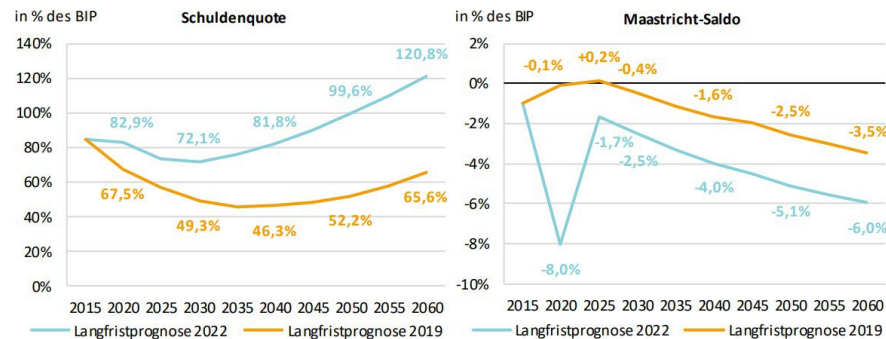
Entwicklung und Stand der (Neu)Verschuldung (1)



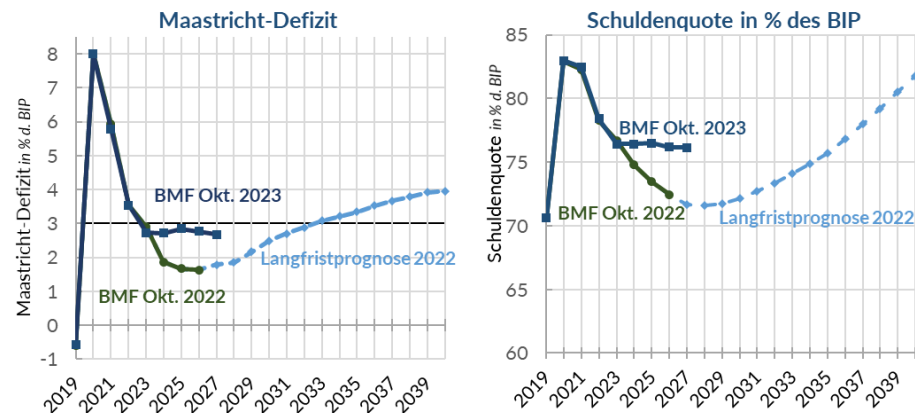
© Ralf Kronberger 2024

Entwicklung und Stand der (Neu)Verschuldung (3)

□ Gegenüberstellung der Langfristprognosen 2019 und 2022



□ Niveaushiftung für Langfristprognose auf Basis BVA 2024



Fiskalische Expansion und Inflation

- **Wie wirkt fiskalische Expansion auf die Inflation?**
- **Gibt es dazu schon Erfahrungen aus früheren Hochinflationsphasen?**

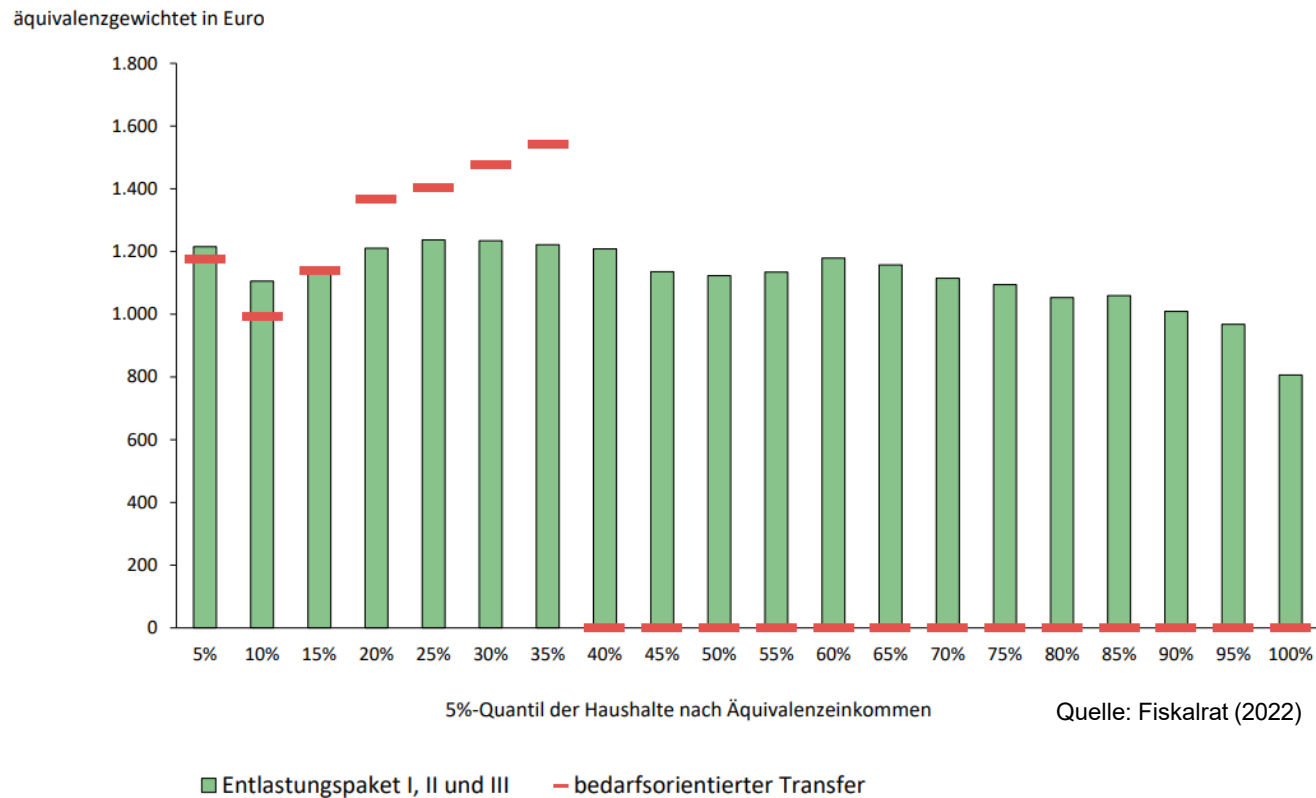
Anti-Teuerungsmaßnahmen wirksam 2022

□ Entlastungspaket I, II, III

- Den Energiekostenausgleich: 150 Euro pro Haushalt
- Den Teuerungsausgleich I und II für vulnerable Gruppen: 300 Euro
- Den Teuerungsausgleich III für vulnerable Gruppen: 300 Euro
- Die Erhöhung des Klimabonus und den Antiteuerungsbonus: 500 minus bisher geltender
- Klimabonus
- Das Vorziehen der Erhöhung des Familienbonus (Annahme: 33% Inanspruchnahme im Jahr 2022)
- Einmalige Familienbeihilfe: 180 Euro pro Kind
- Außerordentliche Einmalzahlung an Pensionisten

Anti-Teuerungsmaßnahmen wirksam 2022

Abbildung 1: Gegenüberstellung der durchschnittlichen Transfers 2022 aus den Entlastungspaketen I, II und III und der bedarfsorientierten Transfers laut FISK-Büro



Entlastungspaket II – Ausgleich kalte Progression

Kalte Progression | Für 2023

<input type="checkbox"/> Einkommensteuer Tarifgrenzen in €	<input checked="" type="checkbox"/> Anpassung in Prozent	Tarifgrenzen neu	Steuersatz
bis 11.000	6,3	bis 11.693	0 %
18.000	6,3	19.134	20 %
31.000	3,47	32.075	30 %
60.000	3,47	62.080	41 %
90.000	3,47	93.120	48 %
ab 90.000	3,47	ab 93.120	50 %

Für 2024

20%:	2024: 12.816€
30%:	2024: 20.818 €
40%:	2024: 34.513 €
48%:	2024: 66 612 €
50%:	2024: 99 266 €

<input type="checkbox"/> Verkehrsabsatzbetrag	<input checked="" type="checkbox"/> Anpassung in Prozent	Verkehrsabsatzbetrag neu
400 Euro	5,2	421 Euro
690 Euro (erhöht)	5,2	726 Euro (erhöht)
650 Euro (Zuschlag)	5,2	684 Euro (Zuschlag)

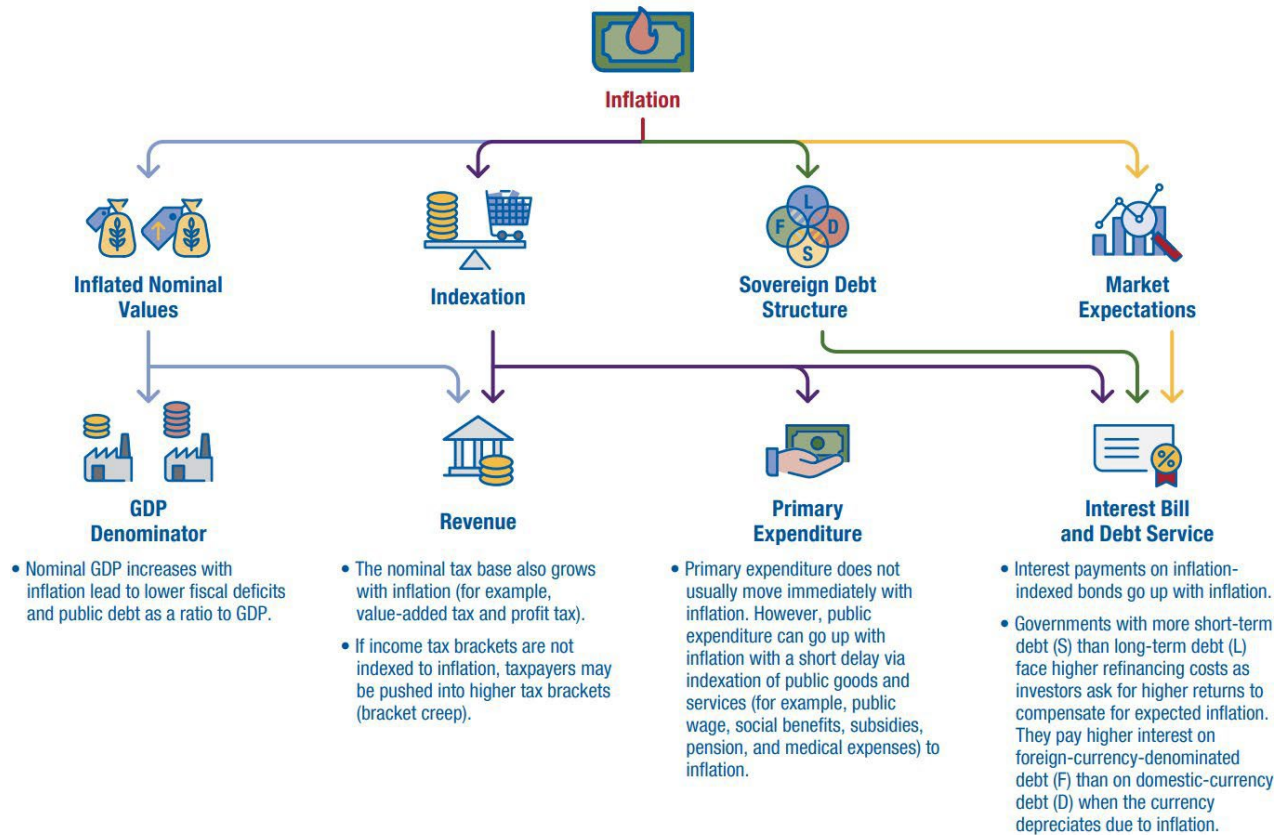
Für 2024

weitere Anpassungen und Ausdehnung auf andere Regelungen

Quelle: BMF (2022)

Auswirkungen der Inflation auf den Staatshaushalt

Immediate Impacts of Inflation on Public Finances



Stabilisierung/Stabilitätspolitik – Fiskalpolitik (1)

□ Formen der fiskalpolitischen Intervention



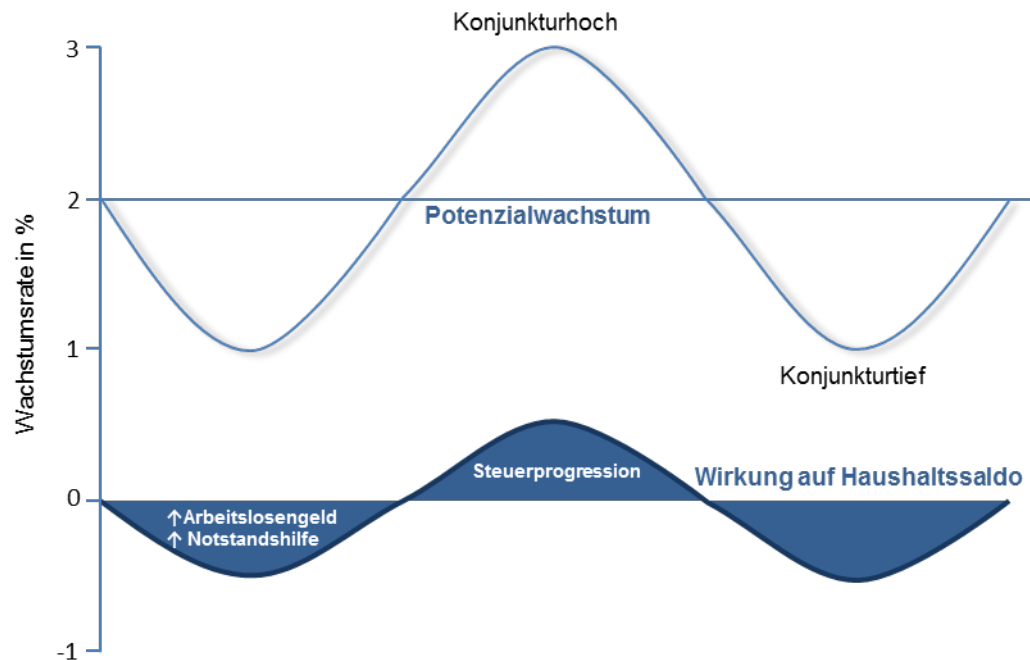
Stabilisierung/Stabilitätspolitik – Fiskalpolitik (2)

- **Konjunktur Stabilisierung durch antizyklische Fiskalpolitik**
 - **Diskretionäre Maßnahmen**
 - Ausdehnung der öffentlichen Investitionen
 - Ausdehnung der öffentlichen Nachfrage
 - steuerliche Entlastung der privaten Haushalte
 - Investitionsförderung (auch angebotsseitige Betrachtung)
 - direkte Förderung
 - indirekte Förderung

Stabilisierung/Stabilitätspolitik – Fiskalpolitik (3)

□ Konjunktur Stabilisierung durch antizyklische Fiskalpolitik

■ Automatische Stabilisatoren



Stabilisierung/Stabilitätspolitik – Fiskalpolitik (4)

□ Angebotsorientierte Fiskalpolitik

- optimale Erfüllung der Allokationsaufgabe
- zentrales Element: Rückführung bzw. die Begrenzung der Staatsausgaben und der entsprechenden Staatseinnahmen auf ein allokatons- und wachstumspolitisch optimales Niveau
- Konzentration auf die Gestaltung von wachstums-, leistungs- und innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen
- strukturelles - um die konjunkturellen Schwankungen bereinigtes - Haushaltsdefizit ist zu vermeiden
- Optimierung des Steuersystems auf Wachstumswirkung
- vgl. Regelpolitik des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Stabilisierung/Stabilitätspolitik – Fiskalpolitik (5)

□ Angebotsorientierte Fiskalpolitik - Budgetkonsolidierung

- Ausgabenkürzungen wegen Ursachen in Ausgabendynamik erfolgreicher als Einnahmenerhöhungen
- Möglichkeit nicht-keynesianischer Effekte
- umfangreichere Maßnahmen („cold turkey“) erfolgversprechender als kleinere Konsolidierungspakete
- Ausgabenkürzungen (politisch) schwieriger umsetzbar als Einnahmenerhöhungen – lange Vorlaufzeiten notwendig
- unterstützende geldpolitische Maßnahmen positiver Beitrag für erfolgreiche Konsolidierung

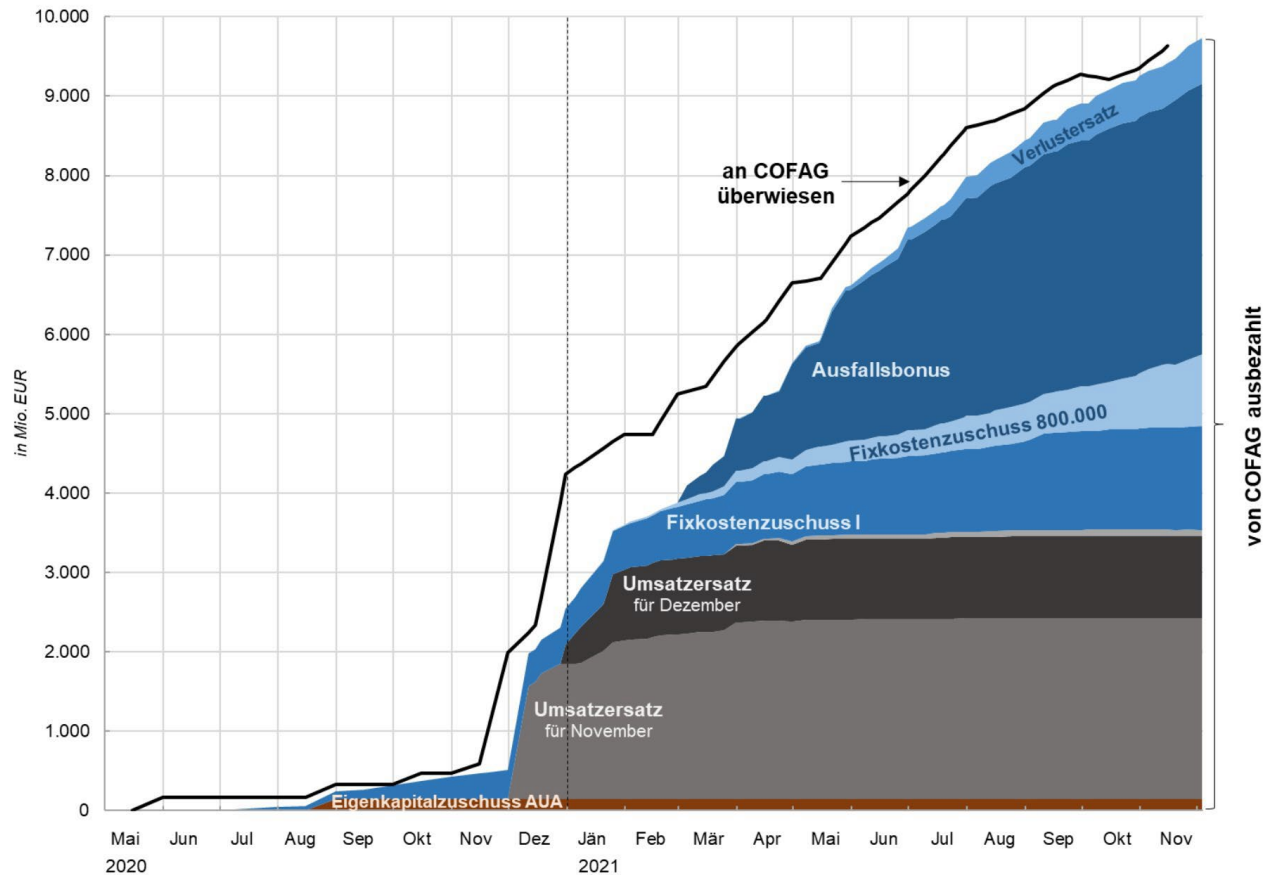
Budgetäre Effekte der Corona- Pandemie 2020 bis 2022

Budgetärer Effekt der Corona-Pandemie auf den Finanzierungssaldo						
pro Jahr	in Mrd EUR			in % des BIP ¹⁾		
	2020	2021	2022	2020	2021	2022
Diskretionäre Maßnahmen ²⁾	-18,8	-16,4	-4,0	-5,0	-4,1	-0,9
einnahmenseitig	-1,5	-0,8	-1,2	-0,4	-0,2	-0,3
ausgabenseitig	-17,3	-15,6	-2,8	-4,6	-3,9	-0,6
Makroökonomischer Schock	-15,7	-6,9	-2,0	-4,1	-1,7	-0,5
einnahmenseitig ³⁾	-14,8	-6,7	-1,4	-3,9	-1,7	-0,3
ausgabenseitig	-0,9	-0,2	-0,6	-0,2	0,0	-0,1
Gesamteffekt	-34,5	-23,3	-6,0	-9,1	-5,8	-1,4

1) Gemessen in Prozent des BIP inkl. Corona-Pandemie.
 2) Nur unmittelbare Maßnahmen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und zur Konjunkturstützung.
 3) Inkludiert Steuerstundungen.
 Quelle: Budgetunterlagen und eigene Berechnungen.

Quelle: Fiskalrat (2021), Bericht über die öffentlichen Finanzen 2020 bis 2025

COVID-19 – Unternehmenshilfen von COFAG

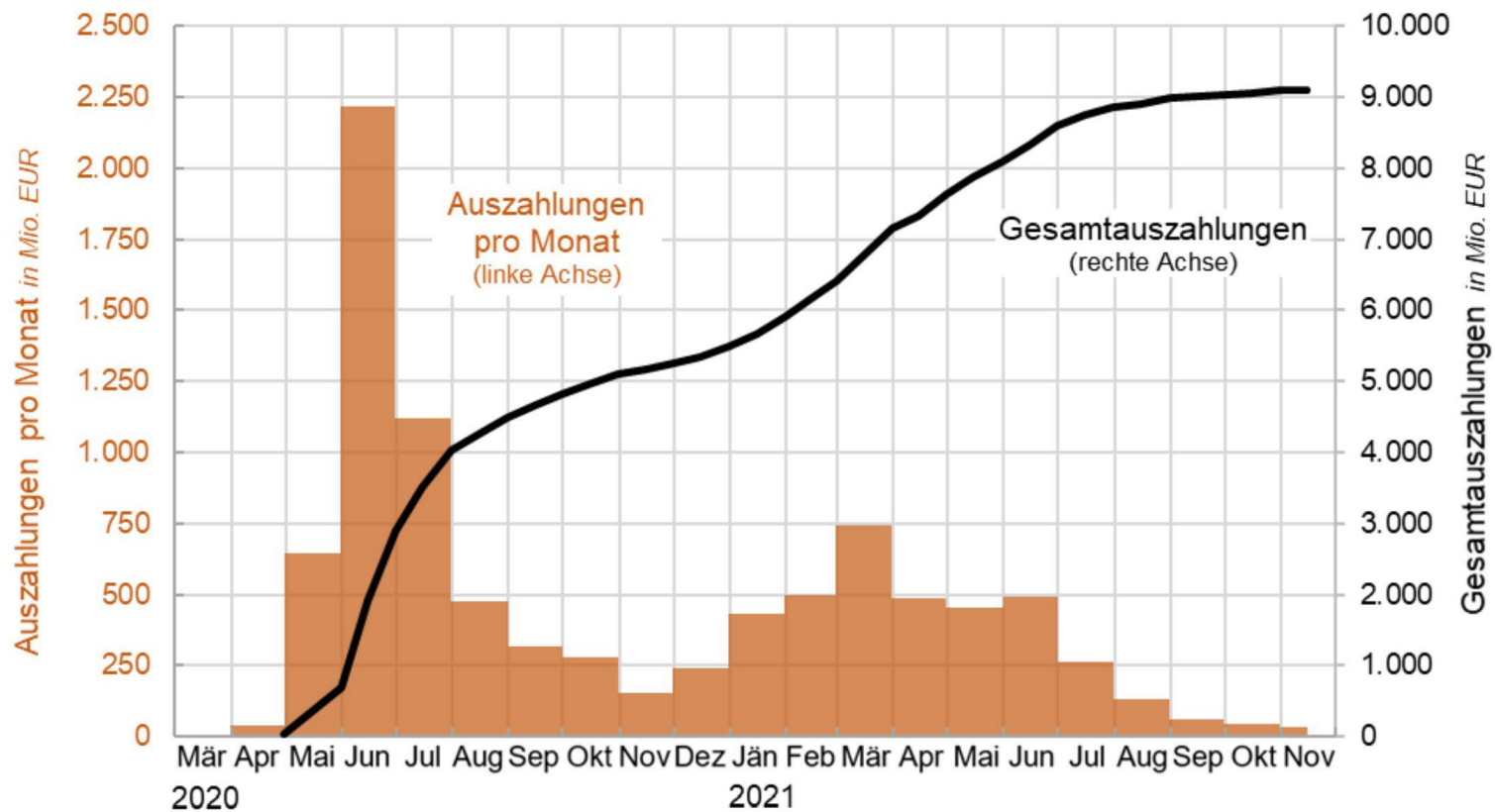


Quelle: Budgetdienst (2021), Budgetvollzug Jänner bis Oktober 2021 und COVID-19-Berichterstattung

Quellen: Website der COFAG, BMF Monatsberichte Mai 2020 bis Oktober 2021 sowie COVID-19-Berichterstattung.

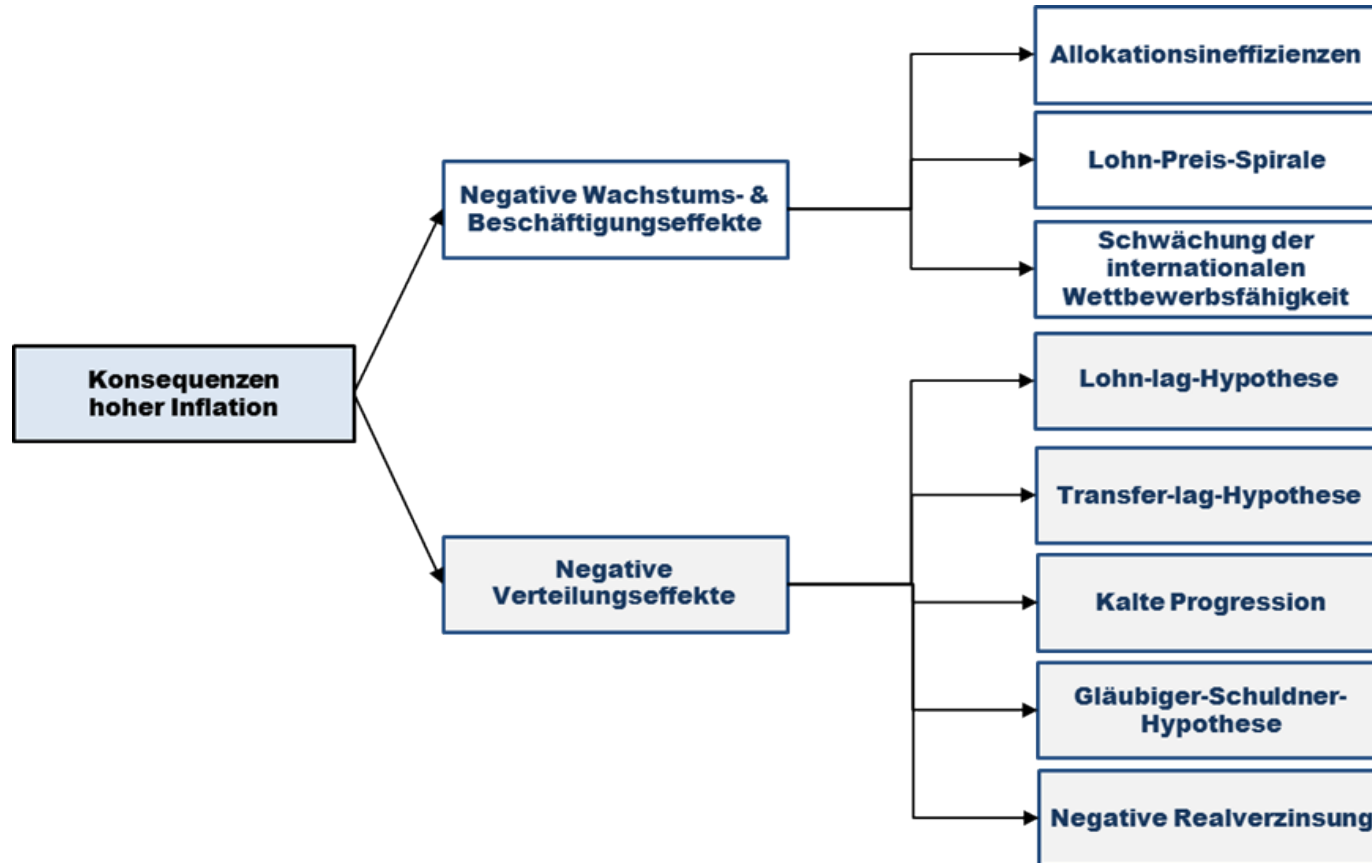
COVID-19 – Kurzarbeit

Grafik 6: Auszahlungen für Kurzarbeitsbeihilfen und Personen in Kurzarbeit seit März 2020



Quelle: Budgetdienst (2021), Budgetvollzug Jänner bis Oktober 2021 und COVID-19-Berichterstattung

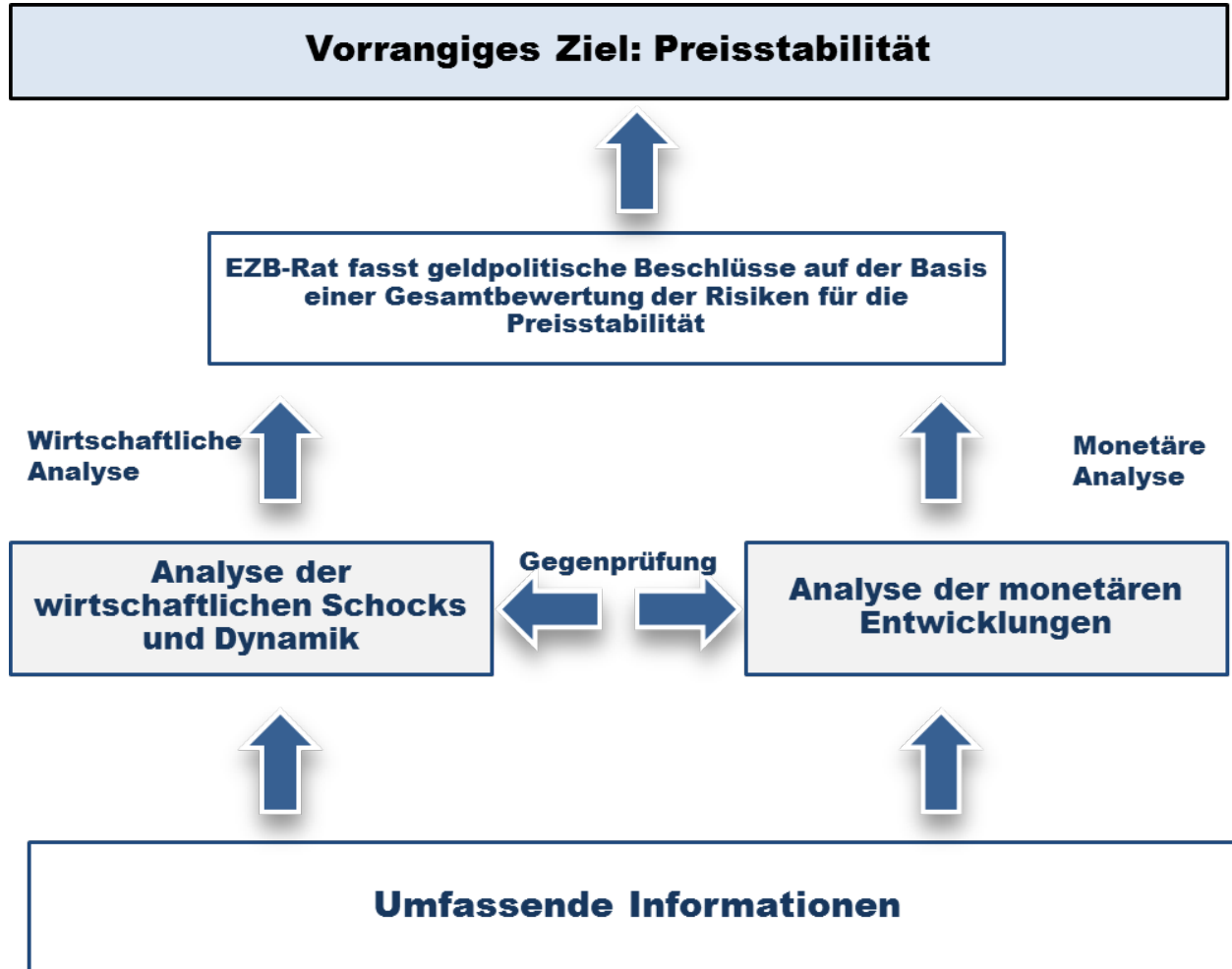
Konsequenzen hoher Inflation



Geldpolitische Strategie der EZB (1)

- Mischstrategie aus einer Geldmengenstrategie und einer Inflationssteuerung
- Geldnachfragemodell und die entsprechenden Parameter sind (noch) unsicher
- zweistufige Geldmengenstrategie
 - Geldmengensteuerung primäres mittelfristiges Zwischenziel
 - Endziel Preisstabilität
- 3 Kernelemente der geldpolitische Strategie
 - quantitatives Preisstabilitätsziel
 - monetäre Analyse und Referenzwert für M3
 - umfassende Beurteilung der Preisperspektiven (wirtschaftliche Analyse)

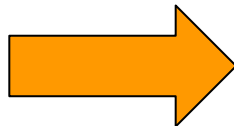
Geldpolitische Strategie der EZB (2)



Geldpolitische Strategie der EZB (3)

- Im Rahmen der wirtschaftlichen Analyse veröffentlicht die EZB seit Ende 2000 eigene Prognosen für die Veränderung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) und für das BIP-Wachstum: März/September 2022

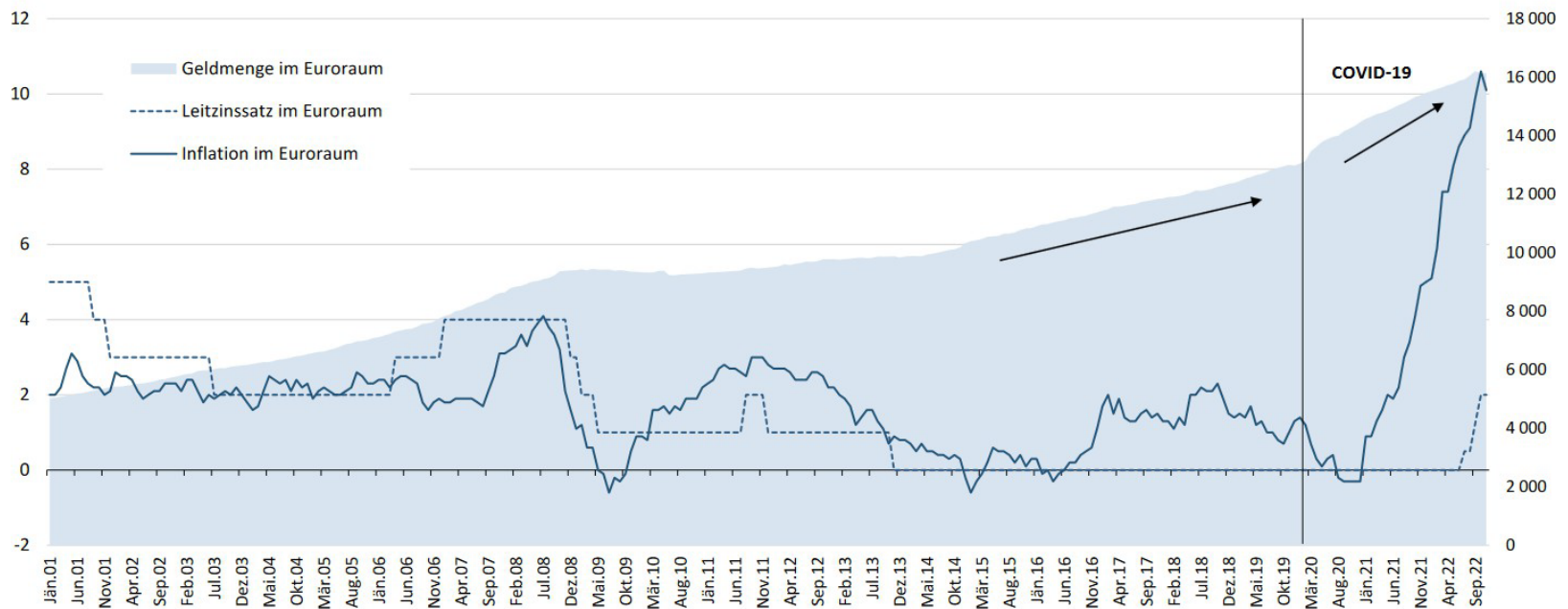
Gesamtwirtschaftliche Projektionen für das Euro-Währungsgebiet, März 2022					
durchschnittliche Veränderungen gegen Vorjahr in %					
	2020	2021	2022*	2023*	2024
HVPI	0,3	2,6	5,1	2,1	1,9
Reales BIP	-6,5	5,4	3,7	2,8	1,6
Private Konsumausgaben	-8	3,4	4,6	2,6	0,9
Konsumausgaben des Staates	1,2	3,8	0,1	0,3	1,1
Bruttoanlageninvestitionen	-7,3	3,5	3	3,8	2,5
Exporte	-9,4	10,6	7,8	6,3	3,1
Importe	-9,3	7,8	7	5,8	2,8



Gesamtwirtschaftliche Projektionen für das Euro-Währungsgebiet, September 2022					
durchschnittliche Veränderungen gegen Vorjahr in %					
	2020	2021	2022*	2023*	2024
HVPI	0,3	2,6	8,1	5,5	2,3
Reales BIP	-6,5	5,4	2,8	0,9	1,9
Private Konsumausgaben	-7,8	3,7	3,6	0,7	1,2
Konsumausgaben des Staates	1	4,2	1,4	-1,3	1
Bruttoanlageninvestitionen	-6,7	3,8	3,1	1,6	3
Exporte	-9,3	10,5	6,1	3,8	3,9
Importe	-8,9	8,2	6,5	3,1	3,3

Geldpolitische Strategie der EZB (4)

Geldmenge M3, EZB-Leitzinssatz und Inflation im Euroraum



Q: OeNB, Eurostat

Quelle: Statistik Austria (2023), Inflation im Jahr 2022 – Analysen und Trends

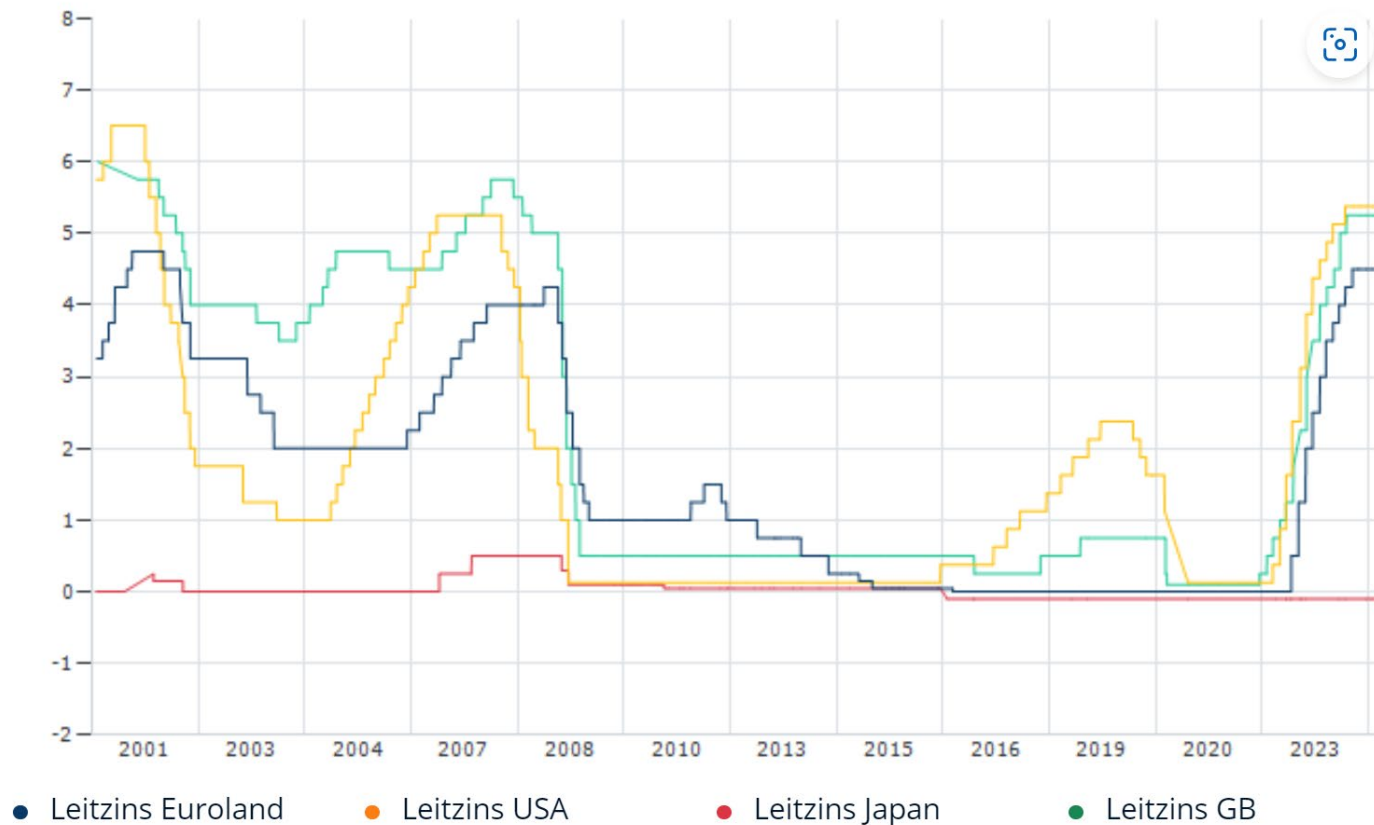
Stabilisierung/Stabilitätspolitik – Geldpolitik

□ Geldpolitik

- Stabilisierung wesentlich über Offenmarktpolitik
- konjunkturelle Wirkung von Zinsänderungen nach 2 bis 4 Quartalen / Effekte von QE schwieriger bestimmbar
- Quantitative Easing bei Zero lower bound – Effekt nach mehreren Quartalen / bei Wiederholung weniger effektiv
- Abstimmung mit den weiteren Politikbereichen wie der Fiskal- oder auch der Einkommenspolitik zentral
- angebotsorientierte Geldpolitik: Primat Preisniveaustabilität

Geldpolitische Strategie der EZB – Entwicklung Leitzins

Aktueller Leitzins

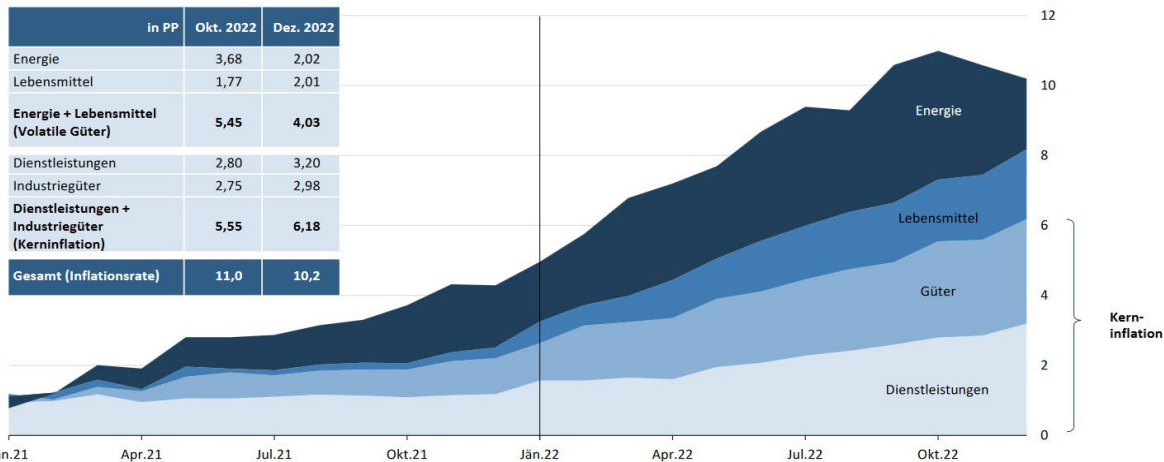


Quelle: finanzen.net (2024), <https://www.finanzen.net/zinsen/leitzins> (12.4.24)

Aktuelle Entwicklung des HVPI in AT

Dienstleistungen und Güter bestimmen Inflation zum Jahresende

Einfluss der VPI-Komponenten auf Inflationsrate – in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria (2023), Inflation im Jahr 2022 – Analysen und Trends



Pressemitteilung: 13 245-011/24

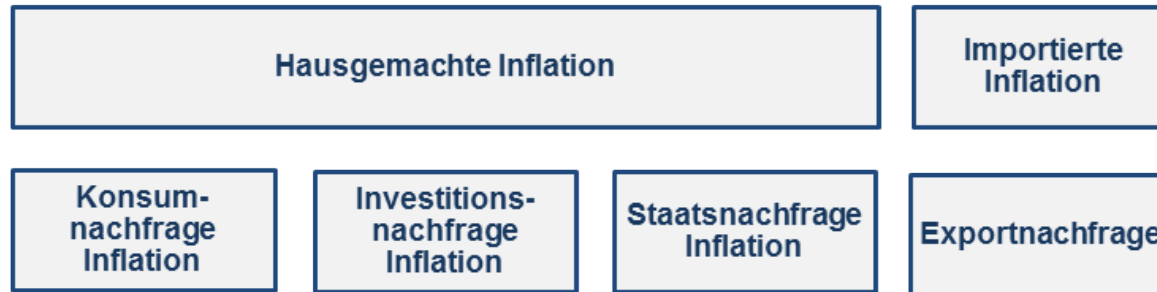
Inflation bleibt 2023 mit 7,8 % viermal höher als EZB-Zielwert

Wohnen und Gastronomie waren stärkste Preistreiber

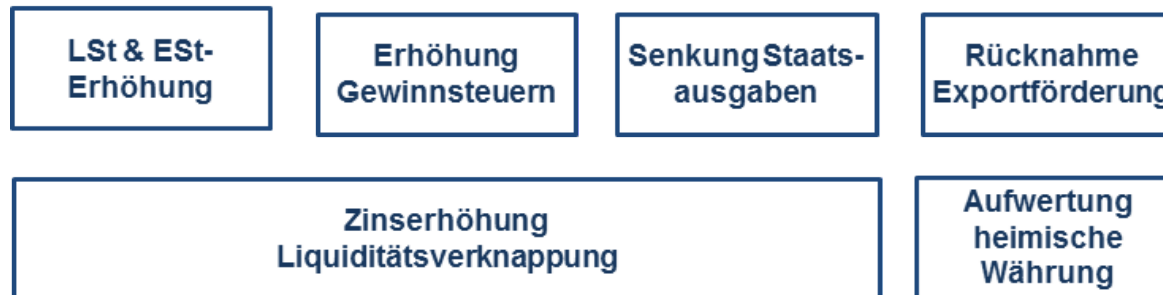
Wien, 2024-01-17 – Die Inflationsrate für das Jahr 2023 lag laut Statistik Austria bei 7,8 %, nach 8,6 % 2022. Ähnlich hohe Teuerungsraten wurden zuletzt in den Jahren 1974 (9,5 %) und 1975 (8,4 %) verzeichnet. Im Jahresverlauf 2023 sank die Teuerung von 11,2 % im Jänner auf 5,3 % im November, um im Dezember auf 5,6 % zu steigen.

Ursachen und Bekämpfung der Nachfrageinflation

Ursachen der Nachfrageinflation



Bekämpfung der Nachfrageinflation



Ursachen und Bekämpfung der Angebotsinflation

